

Der Rechthaber – oder wie Thomas Fischer die Welt sieht

Der frühere Bundesrichter klopft Gesetze auf ihren populistischen Gehalt ab – Und wird erschreckend oft fündig – In Heidelberg begeisterte er knapp 1000 Zuhörer

Von Klaus Welzel

Heidelberg. „Fühlen statt Fakten“ heißt eine brandaktuelle Reihe des Deutsch-Amerikanischen Institutes in Heidelberg (DAI). Und am Donnerstag hatte der ehemalige Bundesrichter Thomas Fischer das Wort, um knapp 1000 Zuhörer über „Populismus im Recht“ zu informieren. Ein Abend, den man so schnell nicht vergisst.

Da steht er versteckt am hinteren Bühnenrand. Etwas unsicher wirkend. Das langärmelige Shirt, sehr groß, sehr locker um den voluminösen Körper schlappernd. Dunkle Hose. Brille. Ein paar Meter entfernt, stellt derweil DAI-Gastgeber Jakob Köllhofer den Gast vor, nennt ihn einen „gescheiterten Rockstar, aber einen erfolgreichen Kriegsdienstverweigerer“. Lacher. Applaus. Und schon bahnt sich der erste Konflikt an.

Fischer nimmt an einem Tisch Platz, er wirkt wie ein gütiger, vielleicht aber doch auch schlecht gelaunter Lehrer. Und er bedankt sich mit ironischem Unterton für die freundliche Begrüßung, wenn auch das oben genannte Zitat doch der „Berliner Schülerzeitung namens taz“ entliehen sei. Wieder Lacher.

Doch man kann die ganze Schärfe dieser Eingangsbemerkung nur verstehen, wenn man weiß, wie die alternative „taz“ Deutschlands bekanntestem (und umstrittenstem) Bundesrichter immer wieder mit kleinen Nadelstichen zusetzt. Schließlich ist Fischer weniger bekannt durch sein Amt als Vorsitzender Richter am Zweiten Strafsenat des Bundesgerichtshofes (das er zum 29. April dieses Jahres abgab), sondern als Online-Kolumnist der „Zeit“. Und dort schreibt Fischer so, wie die Leute es verstehen. Direkt, politisch inkorrekt, unterhaltsam. Eine Million Klicks pro Artikel bekommt man nun mal eher, wenn man sich aus dem breiten Kanon der sexistischen Gossensprache bedient, als wenn man für ein Gesinnungsblatt der aufrechten Linken jede noch so winzige Abweichung vom Ideal einer guten Welt geißelt. Die erste „taz“-Pflicht lautet folgerichtig: Hau den Fischer. Und sei es mit solchen Plattitüden vom erfolgreichen Kriegsdienstverweigerer (weil er das andere ja nicht geschafft hat).

Fischer (64) sagt über sich selbst, dass er empfindlich reagiere, wenn andere ihn herabsetzen. Das wiederum ist die ideale Voraussetzung für einen unterhaltsamen Abend, an dem der Redner nicht wie angekündigt, eine, sondern zwei Stunden spricht. Und an dem er mit kleinen Boshaftigkeiten um sich wirft, die die überwiegend junge juristisch gebildete Zuhörerschaft am Ende mit nahezu devot-liebenswürdigen Fragen im Grunde ins Leere laufen lässt. Weil sie vielleicht gar nicht verstehen, dass sie das Produkt jener Welt sind, die Thomas Fischer so wortgewaltig ablehnt.

Jedenfalls dürften die wenigsten von ihnen einen auch nur halbwegs ähnli-



Gastgeber und Gast: DAI-Direktor Jakob Köllhofer holte Thomas Fischer (r.), den Einslerjuristen mit Provokationstalent, in die Stadthalle. Foto: Joe

chen Lebensweg nehmen, wie der Redner, der mit 16 von zu Hause auszog, die Schule schmiss, Lkw-Fahrer wurde, Kiffer, Rock-Musiker (fast), der in einer Kommune wohnte, dann doch das Abitur machte, hier und da rumstudierte, heiratete, zwei Söhne zeugte, sich trennte, dann erst Jurist wurde – und der sein Studium mit besten, wirklich allerbesten Noten abschloss.

Jetzt sitzt dieser Mann da oben auf der Bühne, mit seinen liberalen, bis sehr linken Ansichten, kritisiert Gott und die Welt, ergeht sich in Andeutungen (weshalb die Formulierung „Sie wissen schon, was ich meine“ zum Standardsatz wird). Und er begeistert. Er schärft das Bewusstsein seiner Zuhörer, er liefert einen nahezu rechtsphilosophischen Diskurs, indem er die Begrifflichkeit erst einmal gründlich hinterfragt. Was ist überhaupt Populismus? Was ist Leitkultur? Mutet es nicht seltsam an, dass diejenigen, die heute Leitkultur einfordern, in den 80er Jahren alles dafür taten, dass die Bürger nicht drei Programme im Fernsehen sehen, sondern 200? Für Fischer hat

das Privatfernsehen eine Grundlage des Zusammenlebens zerstört: Man redet nicht mehr über die gleichen Dinge (Filme), „sondern jeder guckt den Mist an, der ihm gefällt“.

Fischer platziert in seinem vorderhand leicht unstrukturiert wirkenden Vortrag (in dem auch das Wort „Neger“ fällt) drei, vier Leitsätze, die auch nach diesem Abend bleiben werden. Der erste davon: „Die allgemeine Rechtsprechung

ist keine Naturwissenschaft“. Sie unterliegt dem Zustand der Willkür, weil „weder Wahrheit noch Werte“ als „festgefügte Monumente“ für sich stehen.

Für Fischer ganz entscheidend ist der Beitrag der 68er Generation zur Zerstörung normativer Strukturen („Ich habe das genossen. Aber alles hat seinen Preis“). Ob Religion, Arbeit oder Familie: Alles löst sich auf, wandelt sich. Die rückwärtsgewandte Kultur der AfD sieht

„Sie wissen schon, was ich meine ...“

ZITATE

Die markantesten Fischer-Sprüche

„Gewalt gegen Polizisten? Das ist, wenn Sie zum Beispiel aufgefordert werden bei einer Verkehrskontrolle aus dem Auto zu steigen. Und Sie weigern sich.“

„Wie können wir ernsthaft damit rechnen, dass wir 80 Prozent des Reichtums für uns behalten, ohne dass dann eines von diesen Arschlöchern zu uns kommt und mit einem Lkw auf den Berliner Weihnachtsmarkt rast?“

„Das wird den rumänischen Einbrecher beeindrucken, wenn die Mindeststrafe steigt. Da wird er sagen, bei acht Mo-

naten hätte ich das nochmal gemacht, aber bei 12 Monaten steige ich aus.“

„Wenn Sie die Zahl der Ordnungskräfte um 50 Prozent erhöhen, haben Sie doppelt so viele Strafzettel. Heidelberg ist dann die Hauptstadt der Falschparker.“

„Die Botschaft von Gerhard Schröders Agenda 2010 lautet: Du bist allein verantwortlich – für alles.“

„Es reicht nicht aus, in die AfD einzutreten und zu sagen Volksverräter oder Lügenpresse. Das reicht nicht aus. Deshalb sehen die alle so verhärtet aus.“

Fischer als direkte – aber auch hilflose – Antwort auf die sich verändernde Welt. Denn wohin wolle man denn zurück: „Ist es die deutsche Mutti, die bei 12 Stunden Schichtarbeit noch drei Kinder versorgt?“. Aus. Vorbei. Neue Zeiten.

Doch nicht nur die Menschen ändern sich. Auch das Recht. Für Fischer beugt die Politik das Recht im populistischen Sinn. Die Kölner Silvesternacht: „Kein einziges der Delikte, die da begangen wurden, wäre nicht auch vorher schon strafbar gewesen“. Die Gesetzesverschärfung nennt der Jurist „völligen Nonsens“. Die Nachjustierung des Vergewaltigungsparagrafen 177 ist für Fischer eine „ziemlich üble Sache, die da mit dem Strafrecht getrieben wird“. Weil. Ja, das spricht der Richter gar nicht aus, deutet aber an, dass das schärfere Gesetz lediglich zu mehr Verfahren, aber auch zu mehr Freisprüchen führen werde. Im Kern jedoch sei hier ein Gesetz neu geformt worden, indem die Politik dem Volk aufs Maul schaute.

Im Sinne eines humanen, nachvollziehbaren Denkens macht das Fischer auch. Ob mehr Videoüberwachung, höhere Strafen für Einbrecher oder eine Umkehrung des Paragraphen 113, der eigentlich Bürger mit Samthandschuhen anfasste, die „Gewalt“ gegen Polizisten ausübten – für Fischer ist das alles ein schlechter Witz. Ein Witz, dem er aber auch keine Pointe geben kann. „Ich kenne die Lösung nicht“, bekennt der Autor des berühmten Fischer-Kommentars. Und fügt hinzu: „Es geht nicht, nur zu sagen: Ich will Gerechtigkeit. Es geht darum, wie man Gerechtigkeit – für alle – herstellen kann“. Jedenfalls nicht, indem das Land immer mehr zu einem Polizeistaat wird.

„Sicherheitsrecht“ lautet hier das Stichwort. Vor den sehr kräftigen Schlussapplaus setzt der Redner seinen Entwurf für ein „ideales“ Sicherheitsgesetz:

§ 1 Menschliches Handeln wird mit Freiheitsstrafen von 15 Jahren oder lebenslänglich bestraft.

§ 2 Ausnahmeerlaubnisse sind bei der zuständigen Polizeibehörde zu erlangen.

Bleibt noch die Sache mit dem Scheitern. Die nagt. Selbst an diesem Rechtsphilosophen. Doch was ist schon Rock'n'Roll?

„Microtargeting ist, wenn ein Politiker per Internet ausschließlich seinen Wählern auf dem Prenzlauer Berg mehr Kitaplätze verspricht – und woanders nicht. Prenzlauer Berg, das ist dort, wo so schöne große Kinderwagenparkplätze sind.“

„Sondereinsatzkommandos: Ich weiß auch nicht, warum die immer verummumt sind, um so irgendeinen armen Afghanen in Karlsruhe vorzuführen.“

„Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus wird ungefähr so lange dauern, bis der letzte Liter Öl aus der arabischen Wüste geholt wurde.“

Auf Kraft folgt Groschek in NRW

Neuer SPD-Landesvorsitzender

Düsseldorf. (AFP) Nach dem Rücktritt der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vom Vorsitz der Landes-SPD will die Parteiführung den bisherigen Landesverkehrsminister Michael Groschek zum neuen Parteichef machen. Der Landesvorstand sprach sich für den 60-jährigen Politiker aus und will ihn bei einem Parteitag zur Wahl vorschlagen, wie Fraktionschef Norbert Römer mitteilte. Die Entscheidung fiel demnach einstimmig.

Kraft hatte nach der SPD-Niederlage bei der Landtagswahl am Sonntag noch am Wahlabend den Landesvorsitz und ihr Amt als stellvertretende Bundesvorsitzende niedergelegt. Die Sozialdemokraten hatten bei der Nordrhein-Westfalen-Wahl mit nur 31,2 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt im bevölkerungsreichsten Bundesland eingefahren.

Michael Groschek gilt in der Landes-SPD als bestens vernetzt. Der frühere Zeitsoldat bei der Marine studierte Wirtschaftswissenschaften und trat 1974 in die Partei ein. Von 2002 bis 2012 war der verheiratete Vater von zwei Kindern Generalsekretär der Landes-SPD. Von 2009 bis 2012 gehörte der Oberhausener dem Bundestag an, dann wurde er nordrhein-westfälischer Verkehrsminister.

Peitscht Maas sein Gesetz durch?

Hass im Internet: Union kritisiert den Entwurf – „Schleichender Zensureffekt“

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

Berlin. „Schleichende Zensur“, „Privatisierung des Rechts“, „Schnellschuss“: Gegen den Entwurf für ein Gesetz gegen Hass und Hetze im Internet von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat sich eine breite Protestfront gebildet. Massive Kritik bei der ersten Lesung des Entwurfs kam gestern von der Opposition im Bundestag. Aber auch von Netzaktivisten, Verlegern und Wirtschaftsvertretern hagelt es Vorwürfe.

Macht Maas „den Bock zum Gärtner“, indem er Facebook und Co. das Löschen von Hassbeiträgen und Verleumdungen überlassen will, wie Mittelstandspräsident Mario Ohoven gestern beklagte? Maas selbst verteidigte sich energisch: „Hass im Netz ist der wahre Feind der Meinungsfreiheit“, sagte er im Bundestagsplenum. „Die gängige Praxis zeigt: Es wird nicht zu viel gelöscht, sondern leider viel zu wenig.“

Die Zahl von Hassbeiträgen im Netz hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Auch Netzaktivisten beklagen eine „Verrohung“ in Sozialen Netzwerken, gegen die sich die Zivilgesellschaft zur Wehr setzen müsse. Nachdem Maas lange Zeit Tatenlosigkeit vorgeworfen worden war, will der SPD-Politiker seinen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause durchs Parlament bringen.

Der Kern seines „Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“: Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube sollen strafbare Hasskommentare binnen 24 Stunden löschen. In komplizierten Fällen bekommen sie sieben Tage Zeit. Zudem sollen sie Ansprechpartner in Deutschland benennen, an die sich Bürger wenden können, die Opfer von Be-



Sagt den Hasskommentaren im Netz den Kampf an: Justizminister Heiko Maas. F.: dpa

leidigungen und Hass im Netz geworden sind. Leisten die Sozialnetzwerke den Auflagen nicht Folge, drohen ihnen Bußgelder bis zu 50 Millionen Euro. Maas hält die Strafen für notwendig, weil die Plattformen schon jetzt verpflichtet sind, strafbare Inhalte zu löschen. Allerdings kommen sie ihrer Pflicht trotz immer neuer Mahnungen nicht immer nach.

Kritiker werfen Maas vor, mit seinem Entwurf über das Ziel hinauszuschießen. Von einem „schleichenden Zensureffekt“ sprach Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz. Ein weiterer Kritikpunkt: Durch das voreilige Löschen von möglicherweise strafbarer Inhalte durch die privaten Internetkonzerne werde gar nicht mehr geprüft, ob die Inhalte tatsächlich strafbar seien. Es dürfe nicht zu einer „Privatisierung der Rechtsdurchsetzung“ kommen, so Markus Beckedahl von Netzpolitik.org.

Fährt Maas mit seinem Vorstoß vor die Wand? Verstößt er gar gegen Grundgesetz und Europarecht, wie es die „Allianz für die Meinungsfreiheit“ vermutet? Eine Überarbeitung hält auch der Koalitionspartner für notwendig. „Das Gesetz muss nachgebessert werden, um gesamtgesellschaftliche Anerkennung zu finden“, so die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön (CDU).

Das Handlungsbedarft besteht, darin sind sich Parteien und Branchenvertreter einig. Längst habe sich ein „Klima der Angst“ ausgebreitet, begründete Maas seine Gesetzesinitiative. Doch wird der Ruf nach Nachbesserungen in den nächsten Wochen kaum abnehmen. Das Gesetz dennoch durchzupfeitschen, wäre „demokratie- und bürgerfeindlich“, erklärte FDP-Generalsekretärin Nicola Beer.

NACHRICHTEN

Mannings erstes Foto in Freiheit

Whistleblowerin Chelsea Manning (29) hat ein erstes Porträt von sich nach der Freilassung aus der Haft veröffentlicht (Foto: dpa). „Okay, also hier bin ich“, schrieb sie auf Twitter. Manning, die früher Bradley hieß, saß knapp sieben Jahre lang in Haft und war am Mittwoch wieder auf freien Fuß gekommen.



Kritik nach US-Angriff in Syrien

Russland hat den US-Angriff auf regierungstreue Truppen in Syrien verurteilt: „Das ist eine Verletzung der Souveränität Syriens“, sagte Russlands Vizeaußenminister Gennadi Gatilow. Die Attacke habe nichts mit dem Kampf gegen Terroristen zu tun. Bei dem Luftangriff auf eine Einheit der syrischen Armee und Verbündeter waren acht Menschen getötet worden.

Südsudan droht „Massensterben“

Die Hilfsorganisation SOS-Kinderdörfer warnt wegen der anhaltenden Hungerkrise im Südsudan vor einem „Massensterben“. Rund eine Million Kinder seien bedroht, mehr als 250 000 bereits schwer unterernährt. Der seit 2013 andauernde Bürgerkrieg hat die Landwirtschaft zum Erliegen gebracht.